Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Beschluss

In dem Statutenstreitverfahren

6/1979/St

22.06.1979

des Genossen L aus H, gegen die Entscheidung der Bezirksschiedskommission H-Süd in dem Statutenstreitverfahren

des Unterbezirks O-Stadt,

vertreten durch seinen Vorstand, dieser Vertreten durch seinen Vorsitzenden C aus O,
als Antragsteller, wegen Auslegung und Anwendung von § 13 Abs. 3 Organisationsstatut

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung vom 22. Juni 1979 in B unter Mitwirkung von

Käte Strobel (Vorsitzende)

Dr. Johannes Strelitz und

Dr. Claus Arndt

entschieden:

Die Berufung des Antragstellers, Genossen L, wird als unzulässig
verworfen.

Gründe

I.

Auf einen Antrag des Unterbezirks O-Stadt der SPD erging folgende Entscheidung:

„In dem Statutenstreitverfahren

des Unterbezirks O-Stadt,

vertreten durch seinen Vorstand, dieser vertreten durch seinen Vorsitzenden C aus O

- Antragsteller -

wegen Auslegung und Anwendung von § 13 Abs. 3 Organisationsstatut

hat die Schiedskommission des SPD-Bezirks H-Süd unter Mitwirkung der Genossen

S (Vorsitzender)
Dr. W (Vorsitzender)
B
Dr. M
M
W

im schriftlichen Verfahren am entschieden:

Mitglieder der SPD, die von der Stadtverordnetenversammlung zu hauptamtlichen Magistratsmitgliedern gewählt wurden und die in Wahrnehmung dieses Amtes in Aufsichts- und Verwaltungsräten tätig sind, fallen unter die Abführungspflicht des § 13 Abs. 3 des Organisationsstatuts.“

2. Diese Entscheidung wurde gemäß einem Rückschein, der sich bei den Akten befindet, dem Genossen L am 25.05.1979 zugestellt. Daraufhin richtete der Genosse L mit Datum vom 30. Mai 1979 ein am 01.06.1979 eingegangenes Schreiben an die Bundesschiedskommission, daß wie folgt beginnt:

„Gegen den vorgenannten Beschluß," ... "lege ich hiermit Berufung ein."

In diesem Schreiben bezeichnet der Genosse L das vorgenannte Statutenstreitverfahren als "gegen mich eingeleitet" und nimmt sowohl zu der "Auslegung des § 13 Abs. 2 des Organisationsstatuts" Stellung, wie er auch die "Verletzung des Grundsatzes des rechtlichen Gehörs" rügt.

II.

1. Gemäß § 21 Abs. 1 und 2 Schiedsordnung kann der Antrag auf Einleitung eines Statutenstreitverfahrens "von jeder Organisationsgliederung im Geltungsbereich des betreffenden Statuts gestellt werden." Ein Statutenstreitverfahren, das in der Regel ohne Verfahrensgegner stattfindet, kann aber auch in bestimmten Fällen gegen eine Organisationsgliederung, die über die Auslegung und Anwendung des Organisationsstatuts und der Satzungen usw. der SPD anderer Ansicht ist, eingeleitet werden. Einzelne Mitglieder können weder Antragsteller, Verfahrensgegner noch sonst Beteiligte an einem Statutenstreitverfahren sein. Auch im Parteiordnungsverfahren gemäß §§ 35 ff Organisationsstatut können gemäß § 35 Abs. 4 Organisationsstatut i.V.m. § 6 Schiedsordnung Anträge auf Einleitung eines solchen Verfahrens nur von Gliederungen der Partei gestellt werden. Einzelne Mitglieder können im Parteiordnungsverfahren als Antragsgegner ihrerseits nur Anträge im Verfahren, nicht aber auf Einleitung eines Verfahrens, stellen.

2. Der Genosse L wird auch in der von ihm angegriffenen Entscheidung der Bezirksschiedskommission H-Süd korrekterweise von der Bezirksschiedskommission nicht als Verfahrensgegner genannt. Lediglich in den Gründen wird auf seine Einstellung zur Auslegung des § 13 Organisationsstatuts bezug genommen. Insofern bezeichnet der Genosse L die von ihm Beschluß genannte Entscheidung der Bezirksschiedskommission H-Süd fälschlich als in einem "gegen mich eingeleiteten Statutenstreitverfahren".

3. Die Bundesschiedskommission muß feststellen, daß die angegriffene Entscheidung der Bezirksschiedskommission H-Süd überhaupt kein Datum, auch nicht hinsichtlich des Entscheidungstages im schriftlichen Verfahren enthält. Sie erkennt aus dem Rubrum dieser Entscheidung ferner, daß die Bezirksschiedskommission gewissermaßen in "doppelter Besetzung", nämlich mit zwei Vorsitzenden und vier weiteren Mitgliedern entschieden hat. Offensichtlich hat die Bezirksschiedskommission H-Süd die bei ihr - wie der Bundesschiedskommission bekannt ist - bestehenden zwei Schiedskommissionen wie zu einer Plenarsitzung zusammengefaßt. Dies ist aber gemäß § 34 Abs. 4 Organisationsstatut unzulässig. Nach der erwähnten Bestimmung des Organisationsstatuts i.V.m. § 4 Abs. 1 und 2 der Schiedsordnung sind die Schiedskommissionen ordnungsgemäß mit ihrem jeweiligen Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern besetzt. Nur im Falle der Verhinderung eines der vorgenannten Mitwirkenden rücken gemäß § 4 Abs. 2 Schiedsordnung die weiteren Mitglieder solange nach, bis die Dreier-Besetzung erreicht ist. Eine Schiedskommission, die mit mehr als drei Mitgliedern Beschlüsse faßt, ist mithin nicht ordnungsgemäß besetzt. Die Bundesschiedskommission hatte hierzu jedoch keine Entscheidung zu treffen, da die "Berufung" des Genossen L ohnehin als unzulässig, wie unter II. 1. ausgeführt, zu verwerfen war.